

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. drei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-N., Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Oberbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 8. Juni 1929 Nummer 131

Der Anschlag auf die Erwerbslosen

Der Abbau der Unterstützung wird eingeleitet / Der Schacher um die Erwerbslosenunterstützung im Gange / Curtius fordert gewaltigen Abbau / Die großen Reden von Magdeburg vergessen / Scheinopposition der sozialdemokratischen Presse

Die SPD-Führer tuscheln

Am 6. Juni trat der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien zusammen, um seine erste Beratung über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung abzuhalten. Die bürgerliche Presse teilt darüber mit, daß zwar noch keine Einigung zustande gekommen sei, daß aber die SPD-Führer bereits ein weitgehendes Kompromißangebot gemacht haben.

Die SPD hat bekanntlich bisher erklärt, daß sie eine Erhöhung des Beitrages von 3 auf 4 Prozent, also um ein Prozent verlange. Außerdem sei sie nur zur „Abstellung von Mißständen“ bereit.

Im Interparlamentarischen Ausschuss machte die SPD nun den Kompromißvorschlag, den Beitrag um 1/2 Prozent zu erhöhen und solche Veränderungen der Bestimmungen vorzunehmen, daß jährlich zirka 100 Millionen Mark erspart würden.

Die „Abstellung der Mißstände“ also soll nach dem Willen der SPD der Reichskasse 100 Millionen ersparen. In Wirklichkeit würden schon diese 100 Millionen einen rigorosen Abbau der Arbeitslosenunterstützung bedeuten, was in Magdeburg hinausposaunte Versprechen ist mit dem Kompromißvorschlag offen gebrochen.

Aber dieser Vorschlag ist nur ein Anfang. Die übrigen bürgerlichen Parteien haben ihn abgelehnt, und die SPD wird Zug um Zug dem zustimmen, was die bürgerlichen Parteien wollen.

Die Arbeiterschaft aber hat allen Anlaß, die Gegenwehr zu verstärken. Es wird schon jetzt um den Abbau der Arbeitslosenunterstützung geschachert!

Der Magdeburger SPD-Parteitag hat nur deshalb in die Welt hinausposaunt, daß die SPD an der Arbeitslosenversicherung „nicht rütteln“ lasse, um die Arbeiterschaft in falsche Beruhigung zu wiegen, um ihren Widerstand zu schwächen. Die SPD ist bereit, für einen rücksichtslosen Abbau der Unterstützung die Hand zu bieten. Würde den SPD-Führern die Durchführung dieses Streiches gelingen, würden sie nachher höhnisch lachend sagen, daß doch am Versicherungsprinzip nicht gerüttelt worden sei.

Nur die Arbeiterschaft selbst kann durch eine wuchtige Gegenbewegung den Abbau der Arbeitslosenunterstützung und die Aufbahrung neuer Lasten abwehren. Die klassenbewusste Arbeiterschaft kämpft sowohl gegen den Abbau der Leistungen wie gegen die Erhöhung der Beiträge. In der Periode der dauernden Massenarbeitslosigkeit ist es ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Arbeiter selbst die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung aus ihren Lohngrößen aufbringen. Die herrschende Klasse muß durch den Kampf gezwungen werden, alle Arbeitslosen zu unterstützen und helfen zu unterstützen als bisher. Angesichts der Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie über 700 Millionen jährlich für den Wehretat übrig hat, daß sie Panzerkreuzer baut, für die Fürsten und Pfaffen wie für Unternehmerrubentationen ungezählte Millionen ausgibt, soll es kein

Sozialdemokrat wagen dürfen, zu sagen, daß die „Finanznot“ zum Abbau der Arbeitslosenunterstützung und zur Erhöhung der Beiträge zwingt.

Der fällige „Krisen“-Schwindel

Vom Vormüts bis zu den „Linken“ SPD-Klättern wird wieder einmal von einer Regierungskrise geredet. Jedem, wenn die Bourgeoisie mit Hilfe der SPD-Führer eine besondere Schandtat gegen das Proletariat durchzuführen gewillt ist, kann man solche Krisentöne in der sozialdemokratischen Presse vernehmen. Diesmal hat es ihr der wohlberühmte Vorstoß des volksparteilichen Koalitionsministers Curtius zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung angetan und läßt die SPD-Redakteure „Kampf“stellung einnehmen. Sie haben doch vor wenigen Tagen den sozialdemokratischen Arbeitern über den Magdeburger Parteitag berichtet, daß derselbe sich „energisch“ gegen jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung gewandt hat und man „nur“ für eine Beitragserhöhung sei, also muß man jetzt gegen Curtius' Wehrtätigkeit Front machen. Sogar der berühmte SPD-Pressediener schwingt sich zu folgender „Kampferklärung“ auf:

„Lehnen die bürgerlichen Parteien die Beitragserhöhung ab, so wird ihnen nur zweierlei übrig bleiben: entweder die nach Beseitigung der Mißstände zur Aufrechterhaltung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung notwendigen Ausgaben, soweit sie nicht durch die laufenden Beiträge gedeckt werden können, aus allgemeinen Reichsmitteln zu zahlen oder im härtesten Kampf gegen die Sozialdemokratie einen Abbau der Leistungen zu erzwingen.“

Die SPD gibt damit der Bourgeoisie schon das Stichwort, wie sie einfach infolge ihrer Mehrheit im Reichstag die SPD

majorisieren kann. Der SPD-Pressediener wagt noch nicht einmal an Magdeburg zu erinnern und mit dem Austritt aus der Koalition zu drohen. Das überläßt der Parteivorstand der „Linken“ SPD-Presse, wie der Plauerer Volkszeitung, die zur Curtius-Rede bemerkt:

„Will die Bourgeoisie die Gründung auf Kosten der Leistungen erzwingen, dann muß sie das gegen den härtesten Widerstand der Sozialdemokratie erzwingen, und dann ist für die Sozialdemokratie kein Platz mehr in der Regierung.“
Wer laßt da? — Tatsächlich ist das ganze Krisengeschrei und der angebliche Widerstand der SPD-Führer weiter nichts als Theater. Hinter den Kulissen händelt der Sozialdemokrat Wissel bereits mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien eifrig um die verlangte Reform der Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Und erinnern wir uns an den Magdeburger Parteitag, daß man wegen derartiger „kleiner Komplikate“ doch nicht aus der Regierung austreten könne, und jeder Arbeiter kann sich denken, was kommt.

Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages im Reichstag

U. Berlin, 7. Juni. Der Reichstag lehnte bei der heutigen Abstimmung über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichswirtschaftsminister Curtius gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten ab.

Sofort-Programm soll noch erweitert werden

Berlin, 8. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Die interfraktionellen Besprechungen der Koalitionsparteien über die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung sind gestern fortgesetzt und auf Dienstag vertagt worden. Die Deutsche Allgemeine Zeitung weiß mitzuteilen, daß das „Sofort-Programm“ sogar noch erweitert werden soll.

Zum 12. Parteitag der KPD / Von Ernst Thälmann

Die rasch einander folgenden politischen Ereignisse haben uns verhindert, den Parteitag vom 5. bis 11. Mai in Dresden, wie es ursprünglich geplant war, abzuhalten. Die Berliner Kampfstage machten das unmöglich. Nun tagt die höchste Parteimiliz der KPD vom 9. bis 15. Juni im roten Wedding, einige hundert Meier zum Platz der Barrikadenkämpfer der ersten Matinee entfernt.

Die blutigen Matinee in Berlin, das Verbot des KPD, das siebenwöchentliche Verbot der „Roten Fahne“, die zahlreichen Verbote der kommunistischen Provinzpresse, die wiederholten Androhungen des Verbots der KPD, die alles überragende Lügen- und Verleumdungskampagne gegen die U.S.S.R., dieser ganze konterrevolutionäre, faschistische Kurs der Staats- und Parteipolitik der gesamten Bourgeoisie und des Sozialfaschismus, wie sie seit den Wehrtätigkeiten eingeschlagen wird, offenbaren mit zwingender Beweisführung, in welchem Stadium sich die krisenhafte Entwicklung der Politik des deutschen Trustkapitals befindet. Der Sozialfaschist Jürgel hat mit Maschinengewehr-

feuer die theoretischen Streitfragen, die die Rechten und Versöhler gegen die Parteimehrheit bei Ausführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses aufgeworfen haben, auf die einfachste Art gelöst und gegenstandslos gemacht. Die 28 Tolen und Hunderte von Krüppeln, der Belagerungszustand und die dreitägigen Barrikadenkämpfe im Wedding und in Keulbaun sind beweiskräftigere Kronzeugen der geschichtlichen Entwicklung, als die oppositionellen Papiertöne der Liquidatoren und Versöhler.

Der 12. Parteitag wird unter dem Eindruck des verschärften Klassenkampfes stehen, wie er sich in den letzten Wochen und Monaten in Deutschland entwickelt hat. Während noch der 11. Parteitag in Essen vor reichlich 2 Jahren die zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze ignorieren konnte, während noch der 6. Weltkongress der Komintern vor nahezu Jahresfrist eine neue Periode der Nachkriegsentwicklung analysierte, steht der 12. Parteitag unserer Partei schon inmitten dieses verschärften Klassenkampfes, auf einer höheren Stufe seiner Entwicklung, in der die Bourgeoisie zu offenen Formen des Bürgerkrieges übergeht und das Proletariat auf die Schläge des Gegners mit verschärften Kampfmitteln antwortet.

Diese Situation gibt dem deutschen Parteitag die große internationale Bedeutung. Unter allen großen kapitalistischen Ländern sind in Deutschland die Klassenverhältnisse und Klassengegensätze am schärfsten ausgeprägt. Hier nimmt der Klassenkampf die seit 1923 höchsten Formen an, gleichzeitig verfügt das deutsche Proletariat und ihr revolutionärer Fortschritt, die KPD über die reichsten Kampferfahrungen unter den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Aus diesem Grunde wird nicht nur der Klassenkampf, sondern auch das internationale Proletariat und auch unsere Bruderparteien ein ganz besonderes Augenmerk auf unseren Parteitag richten, da hier für die kommenden großen Auseinandersetzungen der Klassen bedeutsame Entscheidungen fallen werden.

Die Beschlüsse des Parteitages und die politische Linie, durch die die Verhandlungen des Parteitages bestimmt werden, haben ihren Ausgangspunkt in der praktischen Politik der Partei, wie sie seit dem 4. KPD und dem 6. Weltkongress der Komintern in unserer Partei zur Anwendung gelangt ist und der Partei geholfen hat, die neuen Waffen unserer Taktik zu erproben. Die vom 6. Weltkongress beschlossene parteipolitische Linie und Strategie im Kampf gegen die Trübsucht und gegen den Sozialfaschismus hat in Deutschland den Klassenkampf zu einem neuen Wendepunkt geführt. Der Klassenkampf in Deutschland ist seit dem 4. August 1914 nicht nur der offene und klare Kampf zwischen zwei Gesellschaftsklassen, der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse, sondern er wird gleichzeitig geführt als ein Kampf auf Leben und Tod um die Hegemonie im Proletariat zwischen Kommunismus und Reformismus. Heute nähert sich dieser Kampf, der nach der Gesetzen der revolutionären Entwicklung unter Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten mit dem Wehretat der Führung des Proletariats an die Kommunisten, an die KPD enden muß, immer mehr seiner endgültigen Entscheidung. Die Schärfe des Klassenkampfes, die



An der Erwerbslosenversicherung darf nicht gerüttelt werden. (Magdeburger Parteitag der SPD.)
„Wenn die deutsche Wirtschaft belebt werden soll, darf der Kreis der Versicherten nicht unangefastet bleiben.“
(Der Wirtschaftsminister Curtius im Reichstag.)